

Ersteinst täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Montags 10—12 Uhr.
Dienstags 10—12 Uhr.
Mittags 4—6 Uhr.
In den Filialen für Aufnahmer:
Cotta Strasse, Untermarktstrasse 22,
Königsplatz, Poststrasse 18, 2,
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Auflage 16,980.
Abonnementpreis viertel. 4/2 Mk.,
incl. Verzinsung 5 Pct.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Vorbestellung 39 Pf.
mit Vorbestellung 48 Pf.
Inserate Geschäftszeitung 20 Pf.
Seltene Schriften laut unierem Preis-
verzeichnis.
Tabellarischer Satz nach höchstem Tarif.
Reklamen unter den Redaktionsstrich
die Spalte 50 Pf.
Inserate nach Zeit an die Expedition zu
zahlen. — Rabatt wird nicht gegeben.
Nachung francoporto oder durch Post-
nachnahme.

№ 251.

Donnerstag den 8. September 1881.

75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Reichstagswahl betreffend.
Bekanntmachung über die Reichstagswahlen. Die Wahllokale werden in dem nächsten Tagen in die einzelnen Grundstücke der Stadt Leipzig und im Umkreis derselben, in welche alle diejenigen hier wohnhaft sind, und auch die außerhalb der Stadt wohnhaften Personen mit dem Namen der Wahllokale eingetragen sind, welche die Wahllokale bilden. Die Wahllokale sind in dem nächsten Tagen in die einzelnen Grundstücke der Stadt Leipzig und im Umkreis derselben, in welche alle diejenigen hier wohnhaft sind, und auch die außerhalb der Stadt wohnhaften Personen mit dem Namen der Wahllokale eingetragen sind, welche die Wahllokale bilden.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Geh. Rath.
Dr. Wagner.

Bekanntmachung.

Das 23. Stück des diesjährigen Reichs-
gesetzblattes ist bei dem Reichs-
druckereibureau zu Leipzig am 3. September 1881.

**Sitzung des ärztlichen Bezirks-
vereins der Stadt Leipzig.**
Donnerstag, den 8. September, Abends 6 Uhr,
im Saale der ersten Bürgerwache.
Tagungsordnung: 1) Bericht des Ausschusses für Krankenangelegenheiten über den Antrag des Bezirksvereins Dehlin; 2) Bericht des Ausschusses für Krankenangelegenheiten über den Antrag des Bezirksvereins Dehlin; 3) Bericht des Ausschusses für Krankenangelegenheiten über den Antrag des Bezirksvereins Dehlin.

Bekanntmachung.

In mehreren Bezirken sind ein Paar oder mehrere kleine
Hühner, welche die Eigenschaft haben, zu...
Leipzig, den 7. September 1881.

Nichtamtlicher Theil.
Leipzig, 8. September.
Die Officiellen werden heute noch das heilige
Ereignis über die Kaiserregierung in Danzig. Offensichtlich folgt die Regierung dem Antrage des Reichstags, die Kaiserregierung in Danzig zu...
Leipzig, 8. September.

Einführung des Kaisers Wilhelm folgt. Ob aber gerade General Gumbel, wie an gewissen Stellen behauptet wird, der Urheber des Gedanken der Zusammenkunft war, oder doch wenigstens ein Betheiligter war, ist nicht bekannt. Die politische Richtung, welche sich an diesen Namen knüpft, kann für den Reichstag von erheblicher Wichtigkeit sein. Die politische Richtung, welche sich an diesen Namen knüpft, kann für den Reichstag von erheblicher Wichtigkeit sein.

Aus den zahllosen Commentaren zu der Bewegung, die von einzelnen Blättern bereit zu einem Ausbruch heraufgeführt wird, haben wir die folgende Ausführung der „Post“ herübergeholt. Es ist ein sehr interessantes Dokument, das die öffentliche Meinung in Leipzig über die Bewegung in Danzig zeigt. Es ist ein sehr interessantes Dokument, das die öffentliche Meinung in Leipzig über die Bewegung in Danzig zeigt.

Trotz aller der in letzter Zeit in diese geleiteten Beschränkungen hat die öffentliche Meinung in Danzig sich nicht verschoben. Die öffentliche Meinung in Danzig ist immer noch die gleiche. Die öffentliche Meinung in Danzig ist immer noch die gleiche.

gewartet werden. Ueber das Eine aber kann jedenfalls kein Zweifel bestehen, daß die Verfassungskämpfe in Danzig für den Liberalismus in Deutschland ein wichtiges Ereignis sind. Die Verfassungskämpfe in Danzig sind für den Liberalismus in Deutschland ein wichtiges Ereignis.

Es geschieht gewiß nicht ohne Absicht, daß die polnische Partei jetzt auf einmal ein ganz besonderes Interesse an der Generalversammlung deutscher Katholiken zu Bonn nimmt und diese Versammlung sogar durch einen eigenen Vertreter, den Abgeordneten Prof. Dr. v. Stablenowski, besucht hat. Ueber die Gründe wird man sich leicht klar werden, wenn man sich die Verhältnisse anschaut, die sich bei den fortwährenden Friedensverhandlungen zwischen der preussischen Regierung und der katholischen Kirche bemerklich machen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rom, daß die polnische Partei jetzt auf einmal ein ganz besonderes Interesse an der Generalversammlung deutscher Katholiken zu Bonn nimmt. Die polnische Partei jetzt auf einmal ein ganz besonderes Interesse an der Generalversammlung deutscher Katholiken zu Bonn nimmt.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rom, daß die polnische Partei jetzt auf einmal ein ganz besonderes Interesse an der Generalversammlung deutscher Katholiken zu Bonn nimmt. Die polnische Partei jetzt auf einmal ein ganz besonderes Interesse an der Generalversammlung deutscher Katholiken zu Bonn nimmt.

mich aber freuen, wenn ein Grund zu dieser Art Kriegführung gegeben wird, als Mitglied der Versammlung, die ich vor mir zu sehen die Ehre habe, einen heißen Kampf für centralistische Politik zu kämpfen, wenn ich sehe, daß die Regierungen die verfassungstreu, überlängliche Stütze für unsere Einheit nicht bilden, deren wir bedürfen.“ Dem Fürsten Bismarck als Führer der centralistischen Partei im Reichstag würde dann ein anderer Reichstagspräsident gegenüberstehen, der das Vertrauen und die Guld des Kaisers besitzt, und indem Fürst Bismarck dieser Regierung des Kaisers entgegensteht, würde er noch die Ehre der „Post“ haben, aber nicht nach seiner eigenen, die vielmehr verfassungsmäßig correct ist, die Treue gegen Kaiser und Reich zu verletzen! Alle fractionen und Parteien haben eben das gleiche Bedürfnis, die verfassungsmäßige Auffassung im Reichstag und in den Wahlversammlungen hoch zu halten und gegen jeden Umsturzversuch offen und laut zu vertreten.

Die „Post“ behauptet, daß die Einberufung des preussischen Landtags frühzeitig im November beschließen, also von einer Verhinderung des Reichstags Abstand genommen ist. Die letztere war eine Zeit lang in Aussicht gestellt und man wolle darin ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstags erblicken. In diesem Jahre mag man das Verweigen der bisherigen Reichstagsverhandlungen allerdings anerkennen, als der Regierung die Lösung der Reichspolitischen Frage die weitaus dringlichste und unabweisbarste Aufgabe erscheint, und auch im Grunde nach der dringenden Wunsch herrschen kann, auf der jetzigen Unklarheit in einer der wichtigsten politischen Fragen bald heraus zu kommen. Im Uebrigen kann nur immer wieder die Reichsversammlungen hervorgehoben werden, bald in der allein zweckmäßigen und vernünftigen Reihenfolge von Reichstag und Landtagen hinüber zu lenken.

Dem Reichstag nach wird der preussische Minister des Innern, Herr von Puttkamer, der bisher im Reichstag den Kreis Frankfurt vertrat, bei den bevorstehenden Wahlen nicht wieder candidiren. Er mag für ihn hierbei die Erwägung maßgebend gewesen sein, daß er seinen Platz fortan im Bundesrathe und nicht im Reichstag zu nehmen habe; diese Rücksicht aber ist nicht die einzige, die Herr von Puttkamer bei dieser Entscheidung zu Grunde gelegt hat. Er ist ein Mann, der sich für die Reichspolitischen Fragen und die Lösung derselben, besonders im Reichstag, zu bemühen, mit dem Innern, nicht als Minister des Innern im Bundesrathe kandidiren wird.

Der Reichstagspräsident hat ein Schreiben an die Bundesregierungen gerichtet, in welchem ausgeführt wird, daß von verschiedenen Seiten Beschwerden über die polnischen Anordnungen in der Reichstagsperiode einlangen, welche auf Grund des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betreffend die Einberufung der Reichstagsversammlungen und der dazu dem Bundesrathe erlässenen Instructionen über die Einberufung der Reichstagsversammlungen getroffen worden seien. Danach gemüthe es den Wunsch, daß die Anordnungen, welche das bezeichnete Gesetz in der Ausführung gezeichnet hat, dem Sinne und den Absichten desselben nicht überall entspräche. Um dies für die Folge zu verhüten, beauftragt die Reichstagsverwaltung den Bundesrathe nach seinem Wiederzukommen eine Reihe von Fragen zu stellen, die die Reichstagsverwaltung angeht.

Die gegenwärtig über Danzig und Umgebung verhängte Duldungsfrist hat in dem Reichstagspräsidenten eine eingehende Berücksichtigung gefunden, die sich in der Reichstagsperiode manifestirt hat. Die Duldungsfrist hat in dem Reichstagspräsidenten eine eingehende Berücksichtigung gefunden, die sich in der Reichstagsperiode manifestirt hat.

Bekanntlich wurden seit längerer Zeit alle Pläne für Bauten im Ambrosienhof des Reichstagspräsidenten von diesem ganz selbständig entworfen, ohne daß irgend eine andere technische Behörde damit beauftragt worden wäre. Das hat sich neuerdings geändert, insofern, als das Reichstagspräsident seine Pläne noch einmal bei dem preussischen Arbeitsministerium zur Revision einreichte. Es ist nicht recht ersichtlich, ob der Reichstagspräsident die Revisoren der Reichstagsverwaltung mit der Ausführung der Bauten beauftragt hat, oder ob er ihnen nur die Aufgabe gestellt hat, die Pläne zu revidieren, und die Revisionsarbeiten zu übernehmen. Die Revisoren der Reichstagsverwaltung sind in der Reichstagsverwaltung beauftragt, die Pläne zu revidieren, und die Revisionsarbeiten zu übernehmen.

Aus Paris wird vom Dienstag gemeldet: Der französische Ministerpräsident in Tunis, Roustan, ist hier eingetroffen. — Die aus Tunis eingehenden Meldungen bezeichnen fortwährend ein Fortschreiten der Kräfte gegen die in Tunis verbliebenen französischen Truppen, die dort noch eine Anzahl von Fortifikationen besetzen, welche der Reichstagspräsident als wichtigste Punkte bezeichnet hat. Mehrere französische Truppenkörper haben sich in Tunis versammelt, und die dort verbliebenen französischen Truppen, die dort noch eine Anzahl von Fortifikationen besetzen, welche der Reichstagspräsident als wichtigste Punkte bezeichnet hat.